

GEMEINSAM STARKMACHEN FÜR EINE STARKE SPD**Los geht's!****Liebe Genossinnen und Genossen,**

in drei Monaten stehen die Kommunalwahl, die OB-Wahl und die Bundestagswahl an. Die letzten Wochen und Monate waren von viel Vorarbeit und Organisation geprägt. Wir haben in Zusammenarbeit mit der gesamten Partei unter ungewohnten und schwierigen Bedingungen unser Kommunalwahlprogramm für Osnabrück erarbeitet. Schon heute möchten wir uns hier herzlich bei euch bedanken!

Im Wahlkampf werden wir vor allem die Themen „Bezahlbares Wohnen, Beitragsfreie Krippe, und sichere Arbeitsplätze“ in den Vordergrund stellen. Hierzu haben wir auf unserem Programmparteitag starke und eindeutige Beschlüsse getroffen. Auch das Thema der zukünftigen Ausrichtung unserer Innenstadt wird hierbei eine wichtige Rolle spielen. Denn die Innenstadt von morgen wird zunehmend von Kultur, Events, Bildung, Gastronomie und Aufenthaltsqualität geprägt sein. Gleichzeitig werden wir das Oberzentrum Osnabrück als zentralen Handelsstandort unserer Region in den Blick nehmen und nach zukunftsgerichteten Lösungen suchen.

Ebenso froh sind Susanne, Frank und ich über 80 starke und motivierte Kandidierende auf unseren Listen in den acht Wahlbereichen. Unsere Listen sind vielfältig! Wir bieten den Osnabrückerinnen und Osnabrückern eine breit aufgestellte Liste mit unterschiedlichen Berufen und Biografien an. Keine andere Partei in Osnabrück hat hier eine so große Bandbreite wie die SPD! Allerdings haben wir und ich persönlich nicht alle unsere selbstgesteckten Ziele erreicht. Ich nehme aus den Listen für mich mit, dass wir insbesondere Frauen besser ansprechen müssen. Ich hätte mir in einigen Wahlbereichen mehr Frauen auf den Listen gewünscht, um dem Leitsatz „Nicht über uns ohne uns“ gerechter zu werden. Politik ist auch Frauensache und paritätische Listen sind das Ziel.



Manuel Gava (Foto: Elena Moormann)

Bei der OB-Wahl entscheidet sich, ob wir nach vielen Jahren der Bräsigkeit und Passivität endlich wieder einen tatkräftigen und mutigen Oberbürgermeister für Osnabrück bekommen. Mit Frank Henning haben wir einen Kandidaten aufgestellt, der für seine Stadt brennt. Seit über 30 Jahren kämpft Frank für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Stadt, vertritt unsere Interessen seit 2013 im niedersächsischen Landtag und engagiert sich vor Ort nicht nur kommunalpolitisch, sondern auch in vielen Vereinen unserer Stadt. Es braucht einen OB mit einem klaren Zukunftsplan. Hier haben wir mit Frank genau die richtige Person gefunden.

Und auch bei der Bundestagswahl kämpfen wir im Wahlkreis 39 Osnabrück-Stadt um jede Stimme. Aufgrund meines schlechten Listenplatzes kämpfe ich hier vor Ort um das Direktmandat und bin guter Dinge, dass wir erfolgreich sein können. Mit dem beschlossenen Zukunftsprogramm hat die SPD das ausgewogenste Programm aller Parteien beschlossen. Wir wollen Hartz IV endlich abschaffen und durch das Bürgergeld ersetzen, wir wollen Armut bekämpfen. Sehr reiche Menschen sollen etwas mehr für unser Gemeinwohl besteuern. Unsere Wirtschaft und unser gesamtes Handeln wollen wir bis 2045 klimaneutral umbauen. Mit klaren und

harten Vorgaben, großen Investitionen und hoher Technologieoffenheit können und werden wir dies schaffen!

Und das alles schaffen wir nur gemeinsam. Ohne Dich können wir keinen Erfolg haben. Daher bitten wir Dich um Deine Unterstützung auf allen Dir möglichen Ebenen. Beim Plakatieren, beim Diskutieren mit Menschen aus Deiner Umgebung. Zeige ihnen, was wir beschlossenen haben, wer die Kandidierenden bei der Kommunalwahl, der OB-Wahl und der Bundestagswahl unserer Partei sind. Engagiere Dich bei den Ständen und Aktionen Deines Ortsvereins, teile unsere Beiträge im Internet und in den sozialen Netzwerken und zeige damit allen, dass wir eine vielfältige, diskussionsfreudige und zukunftsgerichtete Partei sind!

Alle gemeinsam sind wir **näher dran** für die Menschen in unserer Stadt!

EUER MANUEL

**Kurz notiert****Neuer Landesvorstand**

Auf dem SPD-Landesparteitag am 29. Mai 2021 in Hildesheim ist Sebastian Kunde zum zweiten Mal in den Landesvorstand gewählt worden. Der 32-Jährige aus dem Ortsverein Schinkel war vom Bezirk Weser-Ems und dem Unterbezirk Osnabrück-Stadt als Beisitzer vorgeschlagen worden. Er vertritt nun unsere Region für zwei weitere Jahre auf Landesebene.



Sebastian Kunde

**Neumitglieder**

In diesem Monat freuen wir uns, je ein Neumitglied in den Ortsvereinen **Altstadt-Westerberg-Innenstadt, Wüste-Kalkhügel und Osnabrück-Nord** in der Osnabrücker SPD begrüßen zu dürfen!

Herzlich willkommen!

**Redaktionsschluss**

Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der **20. August 2021**. Bitte schickt bis dahin alle Termine, Berichte und Ankündigungen ein, die veröffentlicht werden sollen. Für Anregungen und Wünsche erreicht Ihr die Redaktion unter:

freipresse.os@gmail.com

**Impressum**

V.i.S.d.P.: SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt (Vorsitzender: Manuel Gava), Lengericher Landstr. 19 b, 49078 Osnabrück; **SEITE 4** ist eine Anzeige der OS-SPD-Ratsfraktion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

STRAFVERFOLGUNG AUCH IM INTERNET**Das Internet ist kein rechtsfreier Raum****Liebe Genossinnen und Genossen,**

das Internet ist ein virtuelles Spiegelbild der analogen Welt. Deswegen müssen dort auch die gleichen Regeln gelten. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt selbstverständlich auch im Internet. Es hat allerdings – wie in der analogen Welt – dort Grenzen, wo gedroht und beleidigt wird und Straftaten begangen werden.

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wurden wichtige Regelungen für den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten im Internet erlassen. Anbieter sozialer Netzwerke sind seitdem verpflichtet, solche Inhalte zu löschen. Doch das NetzDG ist nicht weitreichend genug.

Zum einen umfasst es nicht alle Bereiche und nicht alle gängigen Plattformen. Zum anderen bleibt es nach wie vor schwierig, die echte Identität einzelner NutzerInnen herauszufinden. Momentan kann sich jemand in den sozialen Medien oder auf anderen Plattformen problemlos unter einem Pseudonym anmelden, ohne dabei die echten Daten beim Anbieter zu hinterlegen. Eine Identifizierung bleibt letztlich nur über

die IP-Adresse möglich. Doch um diese im Verdachtsfall herauszufinden, wird viel Zeit benötigt und die Zeit ist, bedingt durch die vom Europäischen Gerichtshof gekippte Vorratsdatenspeicherung, begrenzt. Viele Täter werden durch die erschwerte Identifizierung wegen Kinderpornographie, Betrug, Beleidigung oder auch Extremismus nicht belangt.

Aus diesem Grund fordere ich eine Identifizierungspflicht im Internet. Es geht dabei nicht um eine Klarnamenpflicht, wie häufig falsch behauptet wird. Selbstverständlich soll sich jeder und jede im Netz anonym bewegen können. Doch wenn eine Straftat im Internet begangen wurde, muss auf verifizierte Identitäten zurückgegriffen werden können.

Bereits heute verifizieren wir beispielsweise beim Kauf von SIM-Karten unsere Identität mit unserem Ausweis und begegnen auf diesem Weg dem Missbrauch dieses Kommunikationsmittels. Das muss im Grundsatz auch für die digitale Welt gelten. Ein vielversprechender Ansatz ist hier die sogenannte Login-Falle, die mir der Verein

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt – vor einigen Wochen vorgestellt hat. Wenn dem Plattformanbieter ein rechtswidriges Verhalten gemeldet wird, kann die Polizei eine Login-Falle stellen. Sobald der oder die gemeldete NutzerIn sich wieder einloggt, wird die IP-Adresse gespeichert und die Falle schnappt zu. Das stellt aus meiner Sicht einen funktionierenden und effektiven Ansatz dar, der gleichzeitig nur äußerst sparsam Daten speichert.

Eines steht fest: Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Wir müssen die Regeln der analogen auf die virtuelle Welt anwenden und die nötigen Strukturen dafür schaffen – ebenso zur Strafverfolgung.

**VIELE GRÜßE
EUER BORIS**

**GESUNDHEIT UNSERER KINDER UND ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT GEMEINSAM DENKEN****Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen****Liebe Genossinnen und Genossen,**

der Sommer ist da und auch im Bundestag erleben wir bei vielen Gesetzen die heiße Phase. Nach intensiven Verhandlungen wurden die Bundesgesetze zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik in den kommenden sechs Jahren auf den Weg gebracht. Natürlich ist das Ergebnis ein Kompromiss, aber es ist uns gelungen, endlich mit dem Ausstieg aus der Flächenprämie zu beginnen. Dies wird auf Dauer den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, der Natur und der Gesellschaft zugutekommen. Auch die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe wird endlich in Angriff genommen.

Direktzahlungen in der Landwirtschaft nur an den Flächenbesitz zu binden, war in der Gesellschaft niemandem mehr zu vermitteln und wurde auch von der Wissenschaft seit Langem scharf kritisiert. Hier sind

wir nun mit den Ökoregelungen auf dem Weg in die richtige Richtung. 25 % der Direktzahlungen sind bestimmten freiwilligen Verpflichtungen vorbehalten, welche von der Landwirtschaft für Klima und Umwelt erbracht werden. Dies ist ein erster Schritt zur Verwirklichung unseres Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“.

Bei den Ökoregelungen ist es uns gelungen, die Förderung von Agroforstsystemen nicht nur auf Ackerland, sondern auch auf Dauergrünland zu ermöglichen. Außerdem wollten wir eine Weideprämie auch für Milchviehhalter*innen auf den Weg bringen, um so gezielt etwas für Biodiversität durch Grünland und für mehr Tierwohl zu leisten. Das ist aber am Widerstand der Union gescheitert. Eine undifferenzierte Grünlandförderung hätte demgegenüber nur einen hohen Mittelabfluss bei geringem Nutzen bewirkt und wäre den Ergebnissen der Agrarministerkonferenz zuwidergelaufen.

Besonders freut es mich, dass endlich auch die Digitalisierung vorankommt. Der neue elektronische Agrarantrag sowie das digitale Prüfverfahren werden zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung und zu einer Entlastung bei den Landwirt*innen führen. Hierfür habe ich seit Jahren gekämpft.

Mit der Zukunft der Landwirtschaft eng verknüpft ist ein weiteres wichtiges Thema: Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und für Chancengleichheit zu sorgen, ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Alle Kinder haben das Recht auf eine angemessene Ernährung. Daher brauchen wir eine ausgewogene, gesunde und nachhaltige Schul- und Kitaverpflegung. Hier muss die öffentliche Hand den Einkauf regionaler Lebensmittel fördern. Durch eine beitragsreduzierte Mensenverpflegung möchten wir den Menschen die großartige Vielfalt an regionalen Lebensmitteln näherbringen. Wir können so einen bewussten Umgang mit unseren Lebensmitteln schaffen und zugleich die Wertschätzung für regionale Lebensmittel steigern. Wenn es um die Wertschöpfung vor Ort geht, vertrauen wir nicht dem freien Spiel des Marktes, sondern fördern über die öffentliche Nachfrage gezielt regionale Wirtschaftskreisläufe. Diese werden perspektivisch einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt einer zukunftsfähigen und umweltfreundlichen Landwirtschaft mit gut bezahlten Arbeitsplätzen leisten.

**HERZLICHE GRÜßE
EUER RAINER SPIERING**



Neues aus dem Europäischen Parlament

Liebe Genossinnen und Genossen,



wenn kleine Unternehmen im Internet Geld verdienen wollen, sind sie oft auf die großen Plattformen angewiesen: Der Online-Händler Amazon ist eine solche Plattform, die ein wichtiges Zugangstor

für Händler zu ihren Kund*innen ist. Einige Plattformen sind so mächtig, dass sie selbst die Regeln bestimmen und als unumgängliche Brücke zwischen Unternehmen und Verbrauchern funktionieren.

In der EU wollen wir das Problem nun mit dem „Digital Markets Act“ (DMA) angehen. Er ist ein zentraler Baustein für mehr Fairness im Internet – sowohl für Unternehmen als auch für Endnutzer*innen. Für den Rechtsausschuss habe ich dazu eine Stellungnahme verfasst. Denn die bisherigen Vorschläge aus dem Europäischen Parlament drohen, dem Gesetz die Zähne zu ziehen. Digitale Märkte entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit. Der DMA sollte dem Rechnung tragen und die Plattformdienste, die er reguliert, nicht starr begrenzen. Außerdem bietet der DMA eine Chance, die Bedingungen für Plattformarbeiter*innen in Europa zu verbessern. Ich will, dass gegen die widrigen Arbeitsbedingungen vorgegangen wird. Schönen Sommer und Glück auf!

EUER TIEMO

DROHENDER STELLENABBAU

Vor Ort bei KME

Der drohende Stellenabbau bei KME macht nicht nur der Belegschaft, sondern auch der Osnabrücker SPD große Sorgen. Vor dem Hintergrund der Ankündigung, dass perspektivisch 240 Arbeitsplätze am Osnabrücker Stammsitz des traditionsreichen Kupferunternehmens wegfallen sollen, haben die SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Susanne Hambürger dos Reis, OB-Kandidat und MdL Frank Henning und der Bundestagskandidat und SPD-Vorsitzende Manuel Gava das gemeinsame Gespräch mit KME gesucht. „Leider müssen wir feststellen, dass sich die Geschäftsführung wenig gesprächsbereit zeigt. Ein direktes Gespräch mit den Verantwortlichen der Geschäftsführung wurde uns bislang verweigert“, konstatiert Susanne Hambürger dos Reis. Umso intensiver war der Austausch zwischen den SPD-Politikern, dem Betriebsratsvorsitzenden von KME, André Lücke, und den 1. und 2. Bevollmächtigten der IG Metall Osnabrück, Stephan Soldanski und Mirko Richter.



SPD-Termine in Osnabrück

Dienstag, 6. Juli

OV SCHINKEL, 19 Uhr: Vorstandssitzung; Anmeldung für Gäste unter info@unser-schinkel.de, TSV-Klubheim (An der Humboldtbrücke 7)

Donnerstag, 8. Juli

OV VOXTRUP, 19:30 Uhr: Mitgliederversammlung; Restaurant Dionysos, Erikastr. 4

Montag, 12. Juli

AG 60PLUS, Leider lässt das Infektionsgeschehen die turnusgemäße monatliche Mitgliederversammlung noch nicht zu.

Mittwoch, 14. Juli

OV WÜSTE-KALKHÜGEL, 18:30 Uhr: OV-Sitzung; weitere Infos unter info@spd-wueste-kalkhuegel.de

OV NORD, 19:30 Uhr: Parteiöffentliche Vorstandssitzung; im Mellows am Hafen, Am Speicher 2

Samstag, 17. Juli

OV SCHINKEL, 8 Uhr: Info-Stand „Unser Team für den Wahlbereich 2“, Gretescher Weg/ Ölweg

Dienstag, 20. Juli

OV EVERSBURG/NATRUPER TOR, 19 Uhr: Parteiöffentliche Vorstandssitzung; Hotel Kohlbrecher, Wersener Landstr. 2

Mittwoch, 21. Juli

OV SCHINKEL, 9 Uhr: Info-Stand „Unser Team für den Wahlbereich 1“, Wochenmarkt an der Ebertallee

„Leider sieht es die Geschäftsführung ebenso wenig als geboten an, die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter bei KME ins Gespräch miteinzubeziehen, wenn so drastische Stellenkürzungen zur Debatte stehen wie aktuell“, kommentiert Manuel Gava. „Am Osnabrücker Standort der KME Germany GmbH soll rund ein Viertel aller Stellen gestrichen werden. Hier den Betriebsrat völlig außen vor zu lassen und ihn nicht in die Prozesse einzubinden, halten wir für völlig unverträglich“, so Gava. „KME ist ein Stück Osnabrück“, betont auch Frank Henning. „Daher muss um die Arbeitsplätze mit allen Mitteln, die in unserer Macht stehen, gekämpft werden. KME ist für Osnabrück ein wichtiger und alteingesessener Industriebetrieb, er ist der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber der Stadt. Wenn Veränderungen auf dem Markt Umstrukturierungen notwendig machen, dann ist es doch umso wichtiger, die Belegschaft mit einzubinden, das Gespräch zu suchen, um hier einen gemeinsamen Weg zu finden. Als Osnabrücker Oberbürgermeister wäre für mich ganz klar, Betriebsrat, IG Metall und

Samstag, 31. Juli

OV WÜSTE-KALKHÜGEL: Ganztägiger Wahlkampf in Wüste und Kalkhügel

Mittwoch, 11. August

OV NORD, 19:30 Uhr: Parteiöffentliche Vorstandssitzung; Gaststätte Zum Adlerhorst, Lerchenstraße 77a

Donnerstag, 12. August

OV VOXTRUP, 19:30 Uhr: Mitgliederversammlung; Restaurant Dionysos, Erikastr. 4

Freitag, 20. August

OV EVERSBURG/NATRUPER TOR, 16:00 bis ca. 18:00 Uhr: Infostand bei dm, Pagenstecherstr. 133

Samstag, 21. August

OV WÜSTE-KALKHÜGEL: Ganztägiger Wahlkampf in Wüste und Kalkhügel

Samstag, 28. August

OV EVERSBURG/NATRUPER TOR, 10:00 bis ca. 12:30 Uhr: Infostand beim E-Center, Bürener Str. 8

Samstag, 4. September

OV WÜSTE-KALKHÜGEL: Ganztägiger Wahlkampf in Wüste und Kalkhügel

Samstag, 11. September

OV WÜSTE-KALKHÜGEL: Ganztägiger Wahlkampf in Wüste und Kalkhügel

Regelmäßige Termine:

Jusos: Jeden Mittwoch, aktuell via Discord oder draußen.



Frank Henning, Susanne Hambürger dos Reis und Manuel Gava.

Geschäftsführung müssen an einen Tisch geholt werden, müssen in einen gemeinsamen Austausch treten. Als Oberbürgermeister würde ich hier eine aktive Moderatorenrolle einnehmen und ganz klar das Gespräch suchen, um eine gemeinsame Vorgehensweise abzustimmen, im Sinne der Belegschaft, im Sinne der Arbeitsplätze in unserer Stadt und im Sinne des Industriestandorts Osnabrück. Als SPD-Ratsfraktion werden wir daher für die kommende Ratssitzung eine Ratsanfrage dazu stellen, was eigentlich OB Griesert im Zuge der drohenden Stellenkürzungen bei KME unternimmt. Hier hätten wir gern Klarheit, immerhin geht es um 240 Arbeitsplätze am Industriestandort Osnabrück!“

SPD

FRANK HENNING: „BÜROKRATIEABBAU IN OSNABRÜCK DRINGEND NOTWENDIG!“**„Für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, nicht gegen sie!“**

Der Fall des Osnabrücker Hausbesitzers Herrn Andres der an der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Osnabrück gescheitert ist, zeigt grundsätzlich, unabhängig von diesem Einzelfall, den ich gar nicht bewerten möchte, wie wichtig realitätsnahe und flexible Vorschriften der Stadt für die Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger sind. Hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf“, kommentiert SPD-Ratsherr und Oberbürgermeisterkandidat Frank Henning. „Wir brauchen schnellere und unbürokratischere Ent-

scheidungen der Stadtverwaltung – dafür müssen unverhältnismäßig starre Vorschriften schnell entschlackt werden. Das ist auch als Osnabrücker Oberbürgermeister mein klares Ziel“, so Henning.

„Es kann ja nicht Ziel sein, gegen die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten und ihnen ohne Not Steine in den Weg zu legen. Die Verwaltung muss schnell, unbürokratisch und im Sinne der Osnabrückerinnen und Osnabrücker tätig sein können“, fordert Henning.

„Dafür müssen überflüssige Regelungen dringend entrümpelt werden. Welcher Sinn ergibt sich aus der Regelung, bei einem Doppelhaus auf zwei getrennten Abwasseranschlüssen zu beharren, aber bei mehreren übereinander gebauten Wohnungen ganz selbstverständlich nur einen Anschluss zu verlangen? Es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig ein Abbau von Bürokratie in den Verordnungen der Stadt ist und kein starres Beharren auf fragwürdigen Vorschriften“, so Henning.

SPD-FRAKTION EMPÖRT ÜBER NICHT-EINHALTUNG BESTEHENDER BESCHLÜSSE**Verwaltung verschiebt erneut den Ausbau der Vehrter Landstraße**

„Die SPD-Fraktion ist verblüfft und mehr als empört über das Verhalten der Stadt Osnabrück den Ausbau der Vehrter Landstraße erneut zu verschieben. Nun soll der Baubeginn nicht im 3. Quartal 2022, sondern erst im Oktober 2023 erfolgen. Entgegen bestehender Beschlüsse aus Anfang 2020, die einen bevorzugten und schnellen Ausbau festsetzten, teilt die Verwaltung in einer aktuellen Vorlage ‚Monitoring-Bericht Straßenbaumaßnahmen‘ beiläufig mit, dass der Termin in 2022 nicht zu halten sei. Das stellt einen klaren Bruch eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses dar und ist ein Schlag ins Gesicht für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil“, so Susanne Hamburger dos Reis, SPD-Fraktionsvorsitzende, Frank Henning, SPD-Ratsmitglied und Ober-

bürgermeisterkandidat, und Heiko Panzer, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD. „Insbesondere für die Anwohnerinnen und Anwohner der Siedlergemeinschaft Heidekämpen, die seit mehr als 20 Jahren für eine Erneuerung der Straße kämpfen, ist diese Vorgehensweise nicht mehr vermittelbar. Was kann man einer Stadtverwaltung noch glauben, die jahrelang immer wieder vertröstet, abwiegelt, die Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger offensichtlich nicht wertschätzt und auch die Politik durch mangelnde Information im Dunkeln lässt?“, fragt sich Frank Henning weiter. „Hinzu kommt, dass die Verwaltung offensichtlich die bereits bestehenden Planungen zur Vehrter Landstraße nach eigenem Gutdünken verändert. Auf einmal sei neuer Grunderwerb

nötig, dessen Erwerb noch getätigt werden müsste. Naturschutzrechtliche Gutachten seien im Bereich der Haster Mühle vergessen worden und müssten nachgereicht werden. Ein Ausbau der Vehrter Landstraße bis zur Haster Mühle sei aber nicht möglich, obwohl für diesen Teil der Straße ein Gutachten nicht benötigt wird. Diese Vorgehensweise ist nicht mehr nachvollziehbar und stellt fast einen Schildbürgerstreich dar“, so Hamburger dos Reis und Panzer weiter.

„Die SPD-Fraktion fordert den zuständigen Stadtbaurat auf, endlich die bestehenden Beschlüsse umzusetzen. Der Ausbau der Vehrter Landstraße muss schneller und vor allem professioneller erfolgen!“, so Hamburger dos Reis, Henning und Panzer abschließend.

NAHERHOLUNG UND NATURSCHUTZ AM PIESBERG GEHEN KLAR VOR!**Piesberg: Zeit der Mülldeponie ist vorbei**

Zu den Plänen des Hannoveraner Unternehmers Günter Papenburg, der am Osnabrücker Piesberg kontaminierten Müll einlagern will, äußern sich Heiko Panzer, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, und Frank Henning, stellvertretender Ratsfraktionsvorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der SPD, ablehnend: „Die unangekündigten und abgesprochenen Pläne des Steinbruchbetreibers Papenburg am Piesberg irritieren uns doch sehr“, so die beiden SPD-Ratsherren. „Der Piesberg hat für Osnabrück eine wichtige Naherholungsfunktion. Der Naturschutz geht im Kultur- und Landschaftspark Piesberg für uns klar vor“, kommentiert Ratsherr Heiko Panzer. „Wir dürfen dem Osnabrücker Städtetourismus am Piesberg auf keinen Fall schaden. Die Ankündigung, hier kontaminierten Müll abladen zu wollen, ist da höchst kontraproduktiv“, so Panzer. Frank Henning ergänzt: „Der Piesberg ist Anziehungspunkt für Touristen, Ausflügler und auch Osnabrückerinnen und Osnabrücker.

Wir dürfen den Wirtschaftsfaktor Tourismus, der hier in den letzten Jahren mühsam und mit viel Engagement aufgebaut wurde, nicht gefährden. Die Feldbahn, die Wanderwege, die Kulturveranstaltungen und viele weitere Angebote haben sich in den letzten Jahren großartig entwickelt. Die kulturelle und landschaftliche Attraktivität des Piesbergs darf nicht gefährdet werden!“

Auch zeigen sich die beiden Ratsherren verwundert über die Art und Weise, mit der Unternehmer Papenburg sein Ziel erreichen will: „Es ist schon wirklich eine befremdliche Vorgehensweise, wenn Herr Papenburg als Pächter über die Stadt Osnabrück als Besitzerin der Flächen mit eigenmächtigen Entscheidungen hinwegregieren will. Ohne jede Absprache ein Planfeststellungsverfahren starten? So geht man mit der Stadt Osnabrück als Eigentümerin nicht um! Einem politischen Beschluss kann man so nicht einfach vorweggreifen. Mit uns als SPD-Ratsfraktion ist das so nicht zu machen!“, so Henning und Panzer abschließend.

**Kontakt zur SPD-Ratsfraktion?**

RUFT UNS AN unter Tel. 0541 / 323 44 48 oder 0541 / 323 30 60

MAILT UNS: spd-ratsfraktion@osnabrueck.de

BESUCHT UNSER FRAKTIONS-INTERNET-ANGEBOT
AUF www.spdfraktion-osnabrueck.de

SCHREIBT UNS AN DIE ADRESSE:
Rathaus, Bierstraße 28, 49074 Osnabrück

ODER GUCKT MAL PERSÖNLICH VORBEI
im Rathaus, (natürlich) Zimmer 1

**Bürgerforen in Osnabrück**

Aufgrund der Corona-Pandemie finden die Bürgerforen aktuell digital als Videokonferenz statt. Anmelden kann man sich unter: www.osnabrueck.de/buergerforen/
Folgende digitale Bürgerforen sind geplant:

BÜRGERFORUM NAHNE:
Donnerstag, 8. Juli 2021, 19:30 Uhr

BÜRGERFORUM SUTTHAUSEN:
Donnerstag, 15. Juli 2021, 19:30 Uhr